

Stadt Haan
Niederschrift über die
17. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt
Haan
am Donnerstag, dem 23.11.2017 um 17:10 Uhr
im Sitzungssaal der Stadt Haan

Beginn:
17:10

Ende:
20:25

Vorsitz

Stv. Bernd Stracke

CDU-Fraktion

Stv. Dr. Edwin Bölke
AM Karl-Ernst Dörfler
AM Wolfgang Goeken
Stv. Klaus Mentrop

Vertretung für Stv. Altmann

SPD-Fraktion

Stv. Jörg Dürr
Stv. Simone Kunkel-Grätz
AM Hans Lenz
AM Ilkay Solmaz

WLH-Fraktion

AM Jürgen Kamm
Stv. Achim Metzger

Vertretung für AM Terjung

GAL-Fraktion

Stv. Jochen Sack

Vertretung für AM Ramsel

FDP-Fraktion

Stv. Dirk Raabe

AfD-Fraktion

AM Heidemarie Schwierzke

Vertretung für AM Birk

Schriftführer

VA Elena Kohlhaas

beratende Mitglieder

Frau Gabi Bongard
Herr Dieter Smolka

Vertreter des Seniorenbeirates

Herr Karlo Sattler

Verwaltung

1. Beigeordnete/r Dagmar Formella
VA Michael Schneider
Frau Petra Mattonet
Herr Felix Rinke

Der stellvertretende Vorsitzende Achim Metzger eröffnet um 17:10 Uhr die 17. Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses der Stadt Haan. Er begrüßt alle Anwesenden - insbesondere die Einwohner - und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung öffentliche Sitzung

Der stellvertretenden Ausschussvorsitzende, Herr Metzger, übernimmt den Vorsitz bis TOP 5!

Öffentliche Sitzung

1./ Bericht des Seniorenbeirates

Protokoll:

Herr Sattler berichtet von dem aktuellen Sachstand bei der Befragung der Hochaltrigen und erklärt, dass eine erste Rohfassung von Daten vorliege. Die entsprechende Arbeitsgruppe werde sich zeitnah mit der Auswertung beschäftigen. Im 1. Quartal 2018 ist ein Workshop geplant, um hier die Ergebnisse vorzustellen.

Thematisierung des Antrages der SPD-Ratsfraktion zum Thema Quartiersentwicklung

Im weiteren Verlauf wird der Antrag der SPD-Ratsfraktion zum Thema Quartiersentwicklung besprochen.

Es wird beantragt, dass sich der SIA und der SUVA Anfang 2018 in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Thema „Quartiersentwicklung“ beschäftigen sollen. Zu dieser Sitzung soll Herr Kreisdirektor Richter eingeladen werden.

Nach eingehender Beratung wird folgender Beschlussvorschlag aufgenommen:

Beschluss:

Der SIA empfiehlt, dass sich der SIA mit den beteiligten Ausschüssen im Jahr 2018 mit dem Thema Quartiersentwicklung in einer gemeinsamen Sitzung beschäftigt.

Zu dieser Sitzung soll Kreisdirektor Richter eingeladen werden.

Die Verwaltung wird beauftragt in einer Sitzung des SIA im Februar 2018 einen ersten Entwurf für einen Zeitplan zur Quartiersentwicklung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2./ Bericht der Behindertenbeauftragten

Protokoll:

Frau Bongard berichtet von einem Treffen aller Behindertenbeauftragten beim Kreis Mettmann. Dieser Austausch dient dazu, Ideen, Anregungen und Konzepte kreisintern auszutauschen.

Ebenso wird erfragt, ob die Verwaltung Informationen zur Schließung der Postfiliale in Haan habe.

Die Verwaltung gibt dazu an, nähere Informationen hierzu in den nächsten Tagen weiterzugeben.

3./ Sprachförderung für Erwachsene Flüchtlinge für die Stufe A2 Vorlage: 50/001/2017

Protokoll:

Die Verwaltung teilt mit, dass es in der Vergangenheit bereits freiwillige Angebote (Sprachförderung) für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt wurden.

Es wurde bei der Durchführung der Kurse und durch entsprechende Rücksprache mit den Ehrenamtlichen ein größerer Bedarf an weiteren Sprachförderungen festgestellt. Die Flüchtlinge sollen sich im Bereich der Sprache weiterqualifizieren können.

Die nunmehr einzustellenden Mittel sollen flexibel (Sprachkurse A1, A 2 oder B1) eingesetzt werden können. Die angesetzten 10.000 € stellen derzeit zunächst eine Obergrenze dar (Vergleich: Haushaltsjahr 2017).

Beschluss:

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und dem Rat die Durchführung von qualifizierten Sprachkursen (1-2) im Jahr 2018 für Erwachsene durch die VHS zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

4./ Ausschreibungsverfahren zur Beauftragung eines Sicherheitsdienstes für die städtischen Unterkünfte Düsseldorf Straße 15 und Kaiserstraße 10-14
hier: Erprobung von Schichtmodellen in 2018
Vorlage: II/027/2017

Protokoll:

Der Verwaltung erklärt, dass nach der Zuständigkeitsordnung der BVFOA für das Ausschreibungsverfahren zuständig sei. Die entsprechenden Beschlussvorschläge hierzu liegen vor. Die Erfahrungen nach der ersten Probephase im genannten Schichtbetrieb werden im SIA am 13.02.2018 vorgelegt.

Beschluss:

1. Der BVFOA beschließt für 2018 die Durchführung von Schichtmodellen / Sicherheitsleistungen an den Standorten der städtischen Wohnunterkünfte für zugewiesene Flüchtlinge Düsseldorf Str. 15 und Kaiserstr. 10 in Haan. Die Zeitmodelle umfassen täglich 90 Stunden Sicherheitsleistungen / 80 Stunden Sicherheitsleistungen / 70 Stunden Sicherheitsleistungen / 60 Stunden Sicherheitsleistungen.

Die Ausschreibungsverfahren für diese Leistungskontingente sind entsprechend durchzuführen.

Dies ist Basis für die weitere Haushaltsplanung 2019 ff.

2. Der im Produkt 100400-529190 – „Flüchtlingsunterkünfte“ eingeplante, jährliche Ansatz / Finanzplanungszeitraum in Höhe von 734.380,00 € wird ab dem Jahr 2018 um 10 Prozent gekürzt.
3. Die Erprobungsphase beginnt mit 90 Stunden Sicherheitsleistungen / 80 Stunden Sicherheitsleistungen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss wird zur Kenntnis genommen.

5./ Verlängerung der Zuschussgewährung zum Betreuungsmanagement 1. Quartal 2018
Vorlage: 50/002/2017

Protokoll:

Die Verwaltung erläutert, dass in verschiedenen Gremien bereits darüber berichtet wurde, dass die vergaberechtliche Situation einer Ausschreibung des Betreuungsmanagements bedarf.

Im Vorfeld wurde Kontakt zum Caritasverband aufgenommen, die ihr Einverständnis mit der Verlängerung der Tätigkeiten unter den bisherigen Zuschusskonditionen für weitere 3 Monate erklärte.

Die Verwaltung schlug die Einrichtung einer interfraktionellen Runde mit den politischen Parteien und den nicht anbietenden Verbänden vor. Erbeten wurde eine entsprechende Rückmeldung durch die politisch Verantwortlichen, ob ein Interesse an der Teilnahme an dieser Runde besteht. Eine Rückmeldung erfolgte in der Sitzung nicht.

Nachtrag:

Aufgrund der fehlenden Rückmeldung organisiert die Verwaltung eine solche Runde, bei dem die zukünftige Leistungsbeschreibung vorgestellt werden soll. Dieser soll dem SIA im Februar 2018 präsentiert werden.

Beschluss:

1. Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und dem Rat zu beschließen, dass der Zuschuss an den Caritasverband für den Kreis Mettmann zur Wahrnehmung des Betreuungsmanagements Flüchtlingshilfe/ Wohnungslosenhilfe wie im bisherigem Umfang für die Monate Januar bis März 2018 gewährt wird.
2. Zur Aufgabenerfüllung wird dem Caritasverband im Kreis Mettmann für den Zeitraum von Januar bis März 2018 ein Zuschuss in Höhe von insgesamt 77.940,00 € gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Bernd Stracke, übernimmt ab TOP 6 den Vorsitz der Sitzung.

6./ Einrichtung eines Stellenanteils zur Geschäftsführung des Demenznetzwerkes - Antrag des Demenznetzwerkes vom 23.10.2017 Vorlage: 50/005/2017

Protokoll:

Es erfolgt zunächst eine Sitzungsunterbrechung zur Anhörung der Antragsteller.

Frau Barz berichtet, dass das Demenznetzwerk zur Zeit nur kommissarisch geleitet werde, da man nach einer neuen Leitung für das Demenznetzwerk suche. Innerhalb des Netzwerkes gäbe es niemanden, der diese Aufgabe federführend übernimmt.

Es erfolgt die Beendigung der Sitzungsunterbrechung.

Die Verwaltung erklärt, dass der negative Beschlussvorschlag nicht im Bezug zur Aufgabenstellung und Wichtigkeit des Demenznetzwerkes zu sehen ist.

Die Problematik bestünde darin, dass ein Stellenanteil von mindestens 0,1 benötigt werde. Die Unterstützung des Demenznetzwerkes durch städtisches Personal im Umfang des Antrages, sei hinsichtlich arbeitsrechtlicher Fragestellungen problematisch.

Nach eingehender Debatte und Beratung im Ausschuss ergeht folgender Beschluss:

Beschluss:

Der Sozial- und Integrationsausschuss beauftragt die Verwaltung, für die Beratungen im HFA und Rat, eine Klärung zu einer Zuschussleistung herbeizuführen, um das Angebot des Demenznetzwerkes sicherzustellen. Die näheren Einzelheiten sind zunächst sehr zeitnah mit dem Antragsteller abzustimmen.

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und Rat anstelle der Einrichtung eines Stellenanteils zur Geschäftsführung, einen Zuschuss zu gewähren. Die Einzelheiten sind mit dem Antragsteller abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7./ Haushaltsplanberatungen 2018; Soziales und Integration Vorlage: 20/075/2017

Protokoll:

Nach eingehender Beratung ergehen folgende Beschlüsse:

Beschluss:

Für den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Soziales und Integration werden die in den nachfolgend genannten Produkten genannten Ansätze des Ergebnis- und Finanzplanes unter Berücksichtigung der vorliegenden Veränderungsanträge Nr. 6, 7, 8, 9 und 10, einschließlich der gefassten Einzelbeschlüsse und ansonsten wie im Haushaltsplanentwurf und Stellenplan 2018 dargestellt, dem HFA und dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen.

Unter Bezugnahme auf die Einzelbeschlüsse wird auf das Nachfolgende verwiesen:

Antrag der CDU-Ratsfraktion vom 21.11.2017

Aufgrund von Beratungsbedarf wird der Antrag zum Abriss der Dellerstr. 90, 90 a und 90 b und Bau von öffentlich geförderten Wohnraum, zum Neubau von Wohnraum am Heidfeld und der Umsetzung der Container Neandertalweg in Gruitzen, an den HFA verwiesen.

Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 12.11.2017

Der Antrag der SPD-Ratsfraktion wird durch den Antragsteller erweitert. Es wird beantragt für die Maßnahmen Abriss und Neubau der Dellerstr. 90, 90 a und 90 b, einen Betrag in Höhe von 1,2 Millionen Euro in den Haushalt einzustellen. Zudem wird zusätzlich beantragt, die Unterkünfte Heidfeld für Obdachlose neu zu errichten.

Aufgrund der Erweiterung wird der Antrag der SPD, wie der der CDU, wegen des bestehenden Beratungsbedarfs an den HFA verwiesen.

Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 12.11.2017:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den gesellschaftlich relevanten Kräften sowie den ehrenamtlich Engagierten ein Konzept zur erfolgreichen Integration von Flüchtlingen in Haan zu erarbeiten und hierfür Mittel in Höhe von 5.000 € in den Haushalt 2018 einzustellen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig

Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 12.11.2017:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Haan beantragt, dass der Mietvertrag mit dem Land Nordrhein-Westfalen über das Gelände der Landesfinanzschule zur Unterbringung von Flüchtlingen verlängert wird. Entsprechende finanzielle Mittel sind in der mittelfristigen Finanzplanung darzustellen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig.

Die von der Verwaltung vorab eingeleiteten Klärungsprozesse sollen fortgeführt werden. In der kommenden Sitzung des Sozial- und Integrationsausschusses soll hierzu berichtet werden.

Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 12.11.2017:

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Haan beantragt, dass von der Verwaltung geprüft wird, ob im Rahmen der B-Plan Kampheider Straße Wohnungen für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen geschaffen werden können.

Bei einem positiven Ergebnis empfiehlt der Sozial- und Integrationsausschuss dem Rat, die Standortfestsetzung als städtische Flüchtlingsunterkunft aufzugeben.

Beschlussvorschlag

Der Antrag wird an den HFA und Rat weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis

Einstimmig bei 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.1. Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

/ - Antrag der Behindertenbeauftragten zur Erhöhung des jährlichen Budgets

Protokoll:

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass ein Antrag der Behindertenbeauftragten zur Erhöhung des jährlichen Budgets von bislang 20.000 Euro auf 30.000 Euro vorliegt, um weitere Barrieren beseitigen zu können.

Ebenso wird erklärt, dass der Ansatz weiterhin in Bestimmung der Behindertenbeauftragten liege und dieser Berichterstattung liefere. Eine Abgrenzung zu der Mittelbereitstellung in dem Bereich der allgemeinen Bauverwaltung/Unterhaltung sei daher gegeben.

Beschluss:

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und Rat das Budget der Behindertenbeauftragten zur Beseitigung von Hemmnissen/ Hindernissen im öffentlichen Raum von 20.000 € auf 30.000 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7.2. Kleiderkammer Haan
/ Antrag auf Gewährung eines Zuschusses

Protokoll:

AL Schneider erklärt, dass die Kleiderkammer Haan eine gemeinnützige GmbH gründen wollen. Ein entsprechender Notartermin zur Gründung dieser gGmbH hat bereits stattgefunden. Mit der Unterzeichnung des notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrags entsteht eine Vor-gesellschaft. Die Gesellschaft ist somit rechtsfähig.

Beschluss:

Der Sozial- und Integrationsausschuss empfiehlt dem HFA und dem Rat zu beschließen, der Kleiderkammer gGmbH in Gründung, einen Zuschuss in Höhe von 15.500 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8./ Sachstandsbericht zum baulichen Zustand der städtischen Wohnunterkunft Dellerstr. 90, 90 a und 90 b

Vorlage: 50/004/2017

Protokoll:

AL Schneider teilt mit, dass es derzeit 23 Personen gibt, die sich in der Wohnunterkunft Deller Straße befinden. Eine Überleitung in den allgemeinen Wohnungsmarkt sei nach Auffassung der Verwaltung nicht mehr möglich.

Die Verwaltung gibt zu Protokoll, dass der SIA sich zum Thema in nichtöffentlicher Sitzung am 25.10.2017 beraten hat. Weitergehende Beratungen sind nicht erfolgt.

Die SPD-Ratsfraktion erklärt, dass der eigentliche Gedanke war, den Standort am Heidfeld zu ertüchtigen, sodass dort ein fester Standort für die Obdachlosen geschaffen werde. Hierbei stand im Vordergrund, dass die Grundstücke an der Deller Straße nach einer Neubebauung für Menschen mit Wohnberechtigungsscheinen genutzt werden könnten.

Die CDU-Ratsfraktion fragt an, ob eine vorübergehende Unterbringung des Personenkreises in der Unterkunft Neandertalweg möglich sei.

Die Verwaltung erklärt hierzu, dass dies nicht möglich sei, da die Unterkunft am Neandertalweg lediglich für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen sei. Ein entsprechender Nutzungsänderungsantrag wäre abzulehnen, da im Außenbereich nach § 35 BauG „Wohnen“ nicht zulässig sei.

Der SIA bittet um Abklärung mit dem Kreis Mettmann ob die Unterbringung von Obdachlosen am Standort Neandertalweg möglich ist. Zu beachten ist, dass der Standort Neandertalweg grundsätzlich bis zum Jahr 2023 befristet ist.

Es wird weiter darauf hingewiesen, dass die vorliegenden Anträge der einzelnen Ratsfraktionen mit Summen benannt werden müssen.

9./ Anfragen

Protokoll:

Frau Kunkel-Graetz erfragt, ob es neue Erkenntnisse im Hinblick auf die volle Weiterleitung der Integrationspauschale durch das Land NRW gibt.

Die Verwaltung sichert die Beantwortung mit dem Protokoll zu.

10./ Mitteilungen

Protokoll:

Die Verwaltung teilt mit, dass es Gespräche gibt, damit die Flüchtlingskinder nach der Schließung der Kindergärten die Spielgeräte der Kitas nutzen können.

Es müssen hierzu Gesprächskonkretisierung mit den Trägern z.B. der evangelischen Kita geführt werden, wie hoch z.B. die Kosten für die Beaufsichtigung der Flüchtlingskinder wären.

10. Sachstand Flüchtlinge

1./ Aufgrund einer Anfrage von StV. Wetterau zur Familien- und Altersstruktur

Protokoll:

Die entsprechenden Statistiken liegen vor.